

28. 5. 87

R e d e

des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED
und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich
Honecker, auf der Tagung des Politischen Beraten-
den Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer
Vertrages am 28. Mai 1987 in Berlin

Liebe Genossen!

Es ist das erklärte Ziel unseres Bündnisses, das Wettrüsten auf der Erde zu beenden und seine Ausdehnung in den Kosmos zu verhindern. Seit unserer Buda-
pester Tagung sind wir in dieser Frage, die von mei-
nen Vorrednern, insbesondere von Michail Sergeje-
witsch Gorbatschow, einer gründlichen Analyse unter-
zogen wurde, ein großes Stück vorwärtsgekommen.

Ich denke dabei vor allem an die Veränderungen, die
sich auf diesem Gebiet zugunsten unserer Friedens-
initiativen vollzogen. Die Hauptursache für diese
Entwicklung, die zu einer Änderung der Weltmeinung
führte, sehen wir in dem neuen Herangehen, das in
den Initiativen der Sowjetunion zum Ausdruck kommt
und die volle Unterstützung unserer Parteien und
Staaten genießt. Es wurde die reale Perspektive
eröffnet, den Alpdruck eines Kernwaffenkrieges von
den Völkern zu nehmen. Das Friedensprogramm des So-
zialismus hat der internationalen Diskussion über
die lebenswichtigen Fragen der Weltpolitik einen be-
deutsamen Impuls gegeben. Dies mindert die Zuspitzung
der internationalen Spannungen. Prestige und Autori-
tät unserer Staatengemeinschaft sind gewachsen.

Vor der gesamten Weltöffentlichkeit offenbart sich
damit wiederum der humanistische Charakter der Po-
litik des Sozialismus, wie sie vor nunmehr sieben

Jahrzehnten mit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ihren Ausgang nahm. Das ist ein würdiger Beitrag zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution, den wir in diesem Jahr als gemeinsamen Feiertag begehen werden.

Es ist offensichtlich, daß die konstruktiven Vorschläge unseres Bündnisses, das initiativreiche Wirken des Genossen Michail Sergejewitsch Gorbatschow den Gegner in die Defensive gedrängt haben. Die weltweite Koalition der Vernunft und des Realismus gewinnt an Kraft und Einfluß. Kaum jemals zuvor, das spürten und spüren wir in der Dialogpolitik sehr deutlich, konnte der seit Gründung der NATO bestehende sicherheitspolitische Konsens der atlantischen Allianz solchen Erschütterungen ausgesetzt werden. Gerade in dieser Hinsicht sind die Ergebnisse von Reykjavik eine bedeutende Zäsur. Dank des flexiblen sowjetischen Vorgehens nach Reykjavik sind die USA, alle NATO-Staaten gezwungen, Farbe zu bekennen. Das betrifft nicht selten solche Abrüstungsvorschläge, die sie früher selbst unterbreitet haben und von denen manche heute wieder wegkommen möchten, nachdem die Sowjetunion und unser Bündnis sich diese zu eigen gemacht haben. Es entstand ein politisches Klima, das es den Verantwortlichen des Westens sehr schwer macht, offiziell von Reykjavik abzurücken und wieder hinter das während des Treffens Erreichte zurückzugehen.

Zugleich übersehen wir nicht, daß die Lage in der Welt weiterhin kompliziert und gefährlich ist und die reaktionärsten Kreise alles tun, um den Konfrontationskurs

aufrechtzuerhalten, die Hochrüstungsprogramme sowohl auf der Erde als auch mittels SDI im Kosmos zu forcieren sowie die Aggressionsbereitschaft der imperialistischen Streitkräfte allseitig zu erhöhen. Die USA und die NATO sind bestrebt, das friedenssichernde militärstrategische Kräftegleichgewicht zu ihren Gunsten zu verändern. Während sie nicht umhin kommen, die Frage der Mittelstreckenraketen als lösbar zu bezeichnen, versuchen sie, sich anbahnende erste Abrüstungsvereinbarungen durch immer neue Junktims zu blockieren. Dies um so mehr, als das Bild vom angeblich aggressiven Sozialismus im Westen nunmehr stark ins Wanken geraten ist. Obwohl die alten stereotypen Denk- und Verhaltensweisen noch wirksam sind, haben wir durch Flexibilität unsere Handlungsspielräume erweitert.

Im Ergebnis der aktiven Verhandlungs- und Dialogpolitik der sozialistischen Staaten hat die Differenzierung im westlichen Lager erheblich zugenommen. Selbst in den USA, das zeigten die Kongresswahlen, werden die Grenzen rechtskonservativer Politik sichtbar. Im Senat und im Repräsentantenhaus ist es für die Reagan-Administration schwerer geworden, ihre Linie der scharfen Konfrontation gegenüber den sozialistischen Ländern parlamentarisch zu verbrämen. Sie ist nicht nur wegen der Iran-Affäre politisch verwundbarer geworden.

Nach unserer Einschätzung widerspiegeln diese Vorgänge in erster Linie das Ringen der unterschiedlichen politischen Gruppierungen um den zweckmäßigsten Kurs gegenüber den sozialistischen Staaten und ihrer Friedensoffensive sowie die zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den USA selbst. Die

rechtskonservative Kräftegruppierung setzt auch weiterhin ausschließlich auf Konfrontation. Sie konnte ihren Einfluß auf die öffentliche Meinungsbildung zwar nicht weiter ausbauen, hält aber an der Doktrin der nuklearen Abschreckung fest, hat aber erheblichen Spielraum, um für ihre antisozialistischen Ziele und ihr Vorgehen eine starke innenpolitische Unterstützung zu mobilisieren. Die andere Gruppe hält ein pragmatischeres Vorgehen für sinnvoller und lehnt Verhandlungslösungen in Teilbereichen der Ost-West-Beziehungen nicht gänzlich ab. Zweifellos werden sich beide Gruppierungen im bevorstehenden Wahlkampf deutlicher profilieren. Dabei werden die Grenzen zwischen beiden auch künftig fließend bleiben.

Von besonderer Bedeutung für die weitere Auseinandersetzung um die Kernprobleme der Gegenwart sind die Entwicklung in Westeuropa und der Beziehungen zwischen den USA und den westeuropäischen Staaten. Gerade in dieser Hinsicht, das erleben wir ständig in den politischen Kontakten mit Vertretern dieser Staaten, nehmen die Widersprüche auf verschiedenen Gebieten zu, von der Wirtschaft bis zur Sicherheitspolitik. Für die USA wird es immer schwieriger, eine geschlossene Strategie und Taktik des Westens, nicht nur in Abrüstungsfragen, sondern in Grundfragen der internationalen Politik und Wirtschaft, zu entwickeln sowie ein einheitliches Vorgehen der NATO-Verbündeten durchzusetzen.

Die Ursachen dafür sind sehr vielfältig. Eine zumindest partielle ökonomische Stärkung Westeuropas bei gleichzeitig wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der USA, gewisse Fortschritte im politischen Integrationsprozeß in Westeuropa spielen ebenso eine Rolle wie Vorbehalte gegenüber abenteuerlichen hegemonistischen Schritten der USA im wirtschaftlichen, politischen und vor allem im militärischen Bereich. Die unterschiedlichen Interessenlagen und sich daraus ergebenden Differenzierungen zu nutzen, ist nach unserer Meinung weiterhin vordringliche Aufgabe unseres Wirkens.

Auch wir sind der Meinung, daß es jetzt vor allem darum geht, dem Gegner keine Atempause zu lassen. Wir müssen ihn zwingen, sich ständig mit unseren Aktivitäten zu beschäftigen und Position zu beziehen. Deshalb begrüßen und unterstützen wir die neuen Vorschläge der UdSSR. Sie berücksichtigen geschickt das offensichtliche Interesse Reagans, am Ende seiner Amtszeit ein Abkommen mit der UdSSR über eine Null-Lösung zu den Mittelstreckenraketen in Europa zu erreichen. Zugleich verstärken sich die Diskussionen und Auseinandersetzungen in den westeuropäischen Staaten und den USA über die Haltung zum gesamten Komplex der Abrüstungsfragen und vertiefen die bestehenden unterschiedlichen Positionen.

Nach unserer Auffassung stehen die westeuropäischen Staaten vor folgender Alternative: Sie können sich,

wie in den frühen 80er Jahren geschehen, dem Druck der aggressivsten Kräfte beugen und eigene Interessen zurückstellen, oder aber, immer wieder von den sozialistischen Staaten angeregt, nach neuen Möglichkeiten zur internationalen Zusammenarbeit und damit zur Wahrnehmung eigener Interessen suchen. Gewiß wird das Bündnis mit den USA nicht in Frage gestellt, aber es ist möglich, Westeuropa zu eigenständigen und größeren Aktivitäten im gesamteuropäischen Prozeß wie in den bilateralen Beziehungen zu bringen. In diesem Sinne hat sich die DDR, wie die Bruderländer, aktiv bemüht, durch eine offene und konstruktive Politik gegenüber breiten Kreisen in Westeuropa und den USA die positiven Trends zu festigen und auszubauen.

Die unterschiedlichen Interessen der einzelnen westeuropäischen Staaten, aber auch Westeuropas als Ganzes, übrigens auch Japans, gegenüber den USA werden in diesen Wochen besonders deutlich an der Haltung zu den Fragen der Sicherheit und Abrüstung, insbesondere zu der Null-Lösung bei Mittelstreckenraketen und der Beseitigung der operativ-faktischen Raketen. Die Gründe für die Unterschiedlichkeit der Positionen hängen sowohl mit grundsätzlichen Fragen des Verhältnisses zwischen Westeuropa und den USA als auch mit Erwägungen aus rein nationalen Interessen zusammen. Sieht man einmal von den rechtsten Kräften ab, die grundsätzlich jeden Abrüstungsschritt blockieren wollen, so erkennen heute auch

führende westeuropäische Politiker, nicht zuletzt durch den Einfluß unserer Argumente, immer mehr, daß die USA mit ihrer Hochrüstungspolitik in erster Linie egoistische Ziele verfolgen. Die Reagan-Administration möchte nicht nur die eigene Sicherheit auf Kosten anderer vergrößern, sondern auch die Konkurrenzfähigkeit Westeuropas beeinträchtigen.

Des weiteren wird die widersprüchliche, schwankende Haltung der westeuropäischen Staaten zu den Abrüstungsfragen durch Erwägungen beeinflusst, die sich aus ihrer Rolle im westlichen Bündnis ergeben. Frankreich und Großbritannien möchten unter allen Umständen verhindern, daß ihr Status als Atommacht ange-tastet wird. Was die BRD betrifft, so steht offenkundig die Befürchtung obenan, bei Vereinbarungen über die Beseitigung nuklearer Raketen kürzerer und mittlerer Reichweite innerhalb der NATO, vor allem gegenüber Frankreich und Großbritannien, an Gewicht als wichtigstes Stationierungsland für amerikanische Nuklearraketen zu verlieren und die Möglichkeit, doch noch Zugang zu Kernwaffen zu erhalten weiter zu verbauen.

Uns erscheint wichtig, bei der widersprüchlichen Haltung der westeuropäischen Staaten jetzt vor allem die Furcht vor einer neuen "Nachrüstungsdebatte" stärker zu nutzen, um sie auf eine Null-Lösung bei Mittelstreckenraketen in Europa ohne Wenn und Aber

festzulegen. Meine bevorstehenden Besuche in den Niederlanden und Belgien werden dafür ebenso genutzt wie die Gespräche mit dem Präsidenten Finnlands und dem Ministerpräsidenten Dänemarks, außerdem die zahlreichen Begegnungen der Außenminister sowie Zusammenkünfte auf anderer politischer Ebene.

Ein wichtiger Abschnitt des Kampfes um friedliche Koexistenz, europäische Sicherheit und Entspannung sind die Beziehungen zur BRD. Auch hier gestaltet sich die Lage widerspruchsvoll. Wir berücksichtigen sowohl die Einordnung der BRD in die USA-Politik, die Beteiligung an SOI und der sogenannten europäischen Verteidigungsinitiative, das Festklammern an revanchistische sogenannte Rechtspositionen als auch die Tatsache, daß die BRD ein wichtiger Faktor in der gegenwärtigen Auseinandersetzung bleibt. Eine dauerhafte Friedenssicherung in Europa ohne ihre Einbeziehung wäre, bei aller Widersprüchlichkeit und Gegensätzlichkeit der Lage in der BRD selbst, unrealistisch. Von der BRD fordern wir einen aktiven und konkreten Beitrag zu Abrüstung und Entspannung und rücken gegenwärtig dabei die Null-Lösung für Mittelstreckenraketen und operativ-taktische Raketen in Europa, die Schaffung eines atomwaffenfreien Korridors und einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa, konventionelle Abrüstung vom Atlantik bis zum Ural sowie das weltweite Verbot der chemischen Waffen in den Vordergrund. Durch unsere Initiative gegenüber

Bundeskanzler Kohl im Zusammenhang mit dem Vorschlag des Genossen Michail Gorbatschow über die Besetzung der Mittelstreckenraketen wurde dazu beigetragen, daß sich die BRD-Regierung, gewiß auch unter dem Eindruck des Verlustes von 2,2 Millionen Wählerstimmen bei den letzten Bundestagswahlen, im direkten Gespräch mit uns zur Null-Lösung ohne Wenn und Aber bekennen mußte. Wir haben zugleich vielfältige weitere konkrete Schritte gegenüber der BRD unternommen, um ihr nicht zu gestatten, von diesem Bekenntnis wieder abzurücken.

Bei der Gestaltung der Politik gegenüber der BRD stellen wir die widersprüchliche innenpolitische Entwicklung, die reaktionäre Wende in Rechnung. Zugleich berücksichtigen wir, daß angesichts der wachsenden Wirkung der Friedenspolitik der UdSSR, der DDR und der anderen sozialistischen Staaten die übergroße Mehrheit der Bevölkerung der BRD die atomare Aufrüstung ablehnt und es einen starken Widerstand gegen den Einfluß reaktionärster Kreise in der Außen- und Innenpolitik gibt. Vor allem in der Friedensfrage bestehen, selbst innerhalb der Regierungskoalition, erhebliche Differenzen. Um die BRD nicht aus den eingegangenen Verpflichtungen zu entlassen, werden wir auch künftig alle Angriffe gegen die Souveränität der DDR, alle revanchistischen Interpretationen der Verträge entgegen den im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung entstandenen Realitäten entschieden zurückweisen und unsere politischen Grundforderungen auf der Tagesordnung halten. Dazu nutzen wir den

politischen Dialog mit den maßgeblichen politischen Kräften wie Wirtschaftsbossen der BRD, sowohl der Regierungskoalition als auch der Opposition. Wo es möglich ist, werden wir die sachliche Zusammenarbeit auf der Basis des Grundlagenvertrages sowie der Gemeinsamen Erklärung, die ich und Bundeskanzler Kohl am 12. März 1985 abgegeben haben, ausbauen.

Liebe Genossen!

Mit den vorliegenden Entwürfen für die zu veröffentlichenden politischen Dokumente dieser Tagung beweisen unsere Staaten erneut das ernsthafte Bestreben, umfassende Vereinbarungen zu treffen, um zu effektiver Abrüstung nach dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit zu kommen und somit den Weltfrieden auf stabile, dauerhafte Grundlage zu stellen. Die DDR läßt sich bei ihren politischen Aktivitäten davon leiten, daß vom Verlauf der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen die Weichenstellungen für den gesamten Prozeß der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung abhängen, daß sie die Hauptebene der Auseinandersetzung bleiben.

Mit dem Vorschlag Michail Gorbatschows vom 28. Februar 1987 zu den Mittelstreckenraketen wurde zum rechten Zeitpunkt der politisch geeignetste Schritt unternommen. Das darauf folgende Vorgehen zu den operativ taktischen Raketen hat eine komplizierte Situation für jene geschaffen, die alles auf eine sogenannte

Nachrüstung, auf die Errichtung eines neuen Nuklearpotentials der USA in Westeuropa abstellen. Die DDR hat insbesondere gegenüber der BRD, dem auch militärisch stärksten NATO-Land in Europa, sofort alles getan, um die Null-Lösung ohne Wenn und Aber bei Mittelstreckenwaffen wie bei operativ-taktischen Raketen zu fördern. Dies bleibt Priorität auch in der nächsten Zeit.

Gelingt hier der Durchbruch, so haben wir einen gewichtigen Trumpf in der Hand, um mit Unterstützung breiter Kreise auch in den anderen Fragen auf der Einhaltung der in Reykjavik erzielten Übereinkünfte bestehen zu können. In diesem Sinne schätzen wir das weitsichtige Vorgehen der UdSSR, mit dem sie die USA auf die Vereinbarung von Schlüsselbestimmungen zu den strategischen Offensivwaffen, zur Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum und zum nuklearen Teststopp festlegen will. Das wäre in der Tat der nächste bedeutsame Schritt, auch für die Zeit, in der wir es schon mit der nächsten Administration zu tun haben werden.

Was die konventionelle Abrüstung betrifft, so gelingt es dem Gegner immer noch, viele Menschen in die Irre zu führen. Selbst im großen und ganzen realistisch denkende Kräfte glauben an die behauptete "konventionelle Überlegenheit" des Warschauer Vertrages. Das hält sie davon ab, mit aller

Konsequenz für die nukleare Abrüstung einzutreten. Die NATO mißbraucht dies, um immer wieder Zweifel an der Möglichkeit einer kernwaffenfreien Welt zu wecken und "nukleare Abschreckung" zu propagieren.

Vom Konzept unseres Bündnisses zur konventionellen Abrüstung hängt es in bedeutendem Maße ab, daß, entgegen der Theorie der Abschreckung, unsere Doktrin der kernwaffenfreien Welt und der internationalen Sicherheit verstanden und unterstützt wird. Der Buda-
pester Appell zeigt die sofort realisierbaren Haupt-
richtungen. Der Druck, der von ihm ausgeht, muß un-
seres Erachtens verstärkt werden. Denn auch der
Widerstand, der unserem Konzept seitens der NATO
entgegen gesetzt wird, hat nicht nachgelassen.

Der Gegner hat gewiß die Absicht nicht aufgegeben, die Wiener Verhandlungen als Instrument der Verzögerung oder Belastung von Verhandlungen über die Verringerung der konventionellen Rüstungen vom Atlantik bis zum Ural zu mißbrauchen. Als unmittelbare Aufgabe sehen wir an, für unser Programm der konventionellen Abrüstung Wege zu finden, um den Widerstand der NATO-Seite gegen den Beginn echter Verhandlungen auf konventionellem Gebiet zu überwinden. Der sowjetische Vorschlag für ein Treffen der Außenminister der KSZE-Staaten wirkt in diese Richtung und findet unsere Unterstützung.

Die gemeinsamen Initiativen der DDR und der CSSR erweisen sich als wirksame flankierende Maßnahmen zur Abrüstung und Rüstungsbegrenzung in Mitteleuropa. Das führen wir vor allem darauf zurück, daß diese Initiativen auf die konkreten Sicherheitsbedürfnisse der Menschen in dieser Region zugeschnitten sind. Sie betreffen die Zone mit der größten Waffenkonzentration und entsprechen in vollem Maße unserer Verteidigungsdoktrin. Nicht zuletzt wurde das an dem zustimmenden Echo sichtbar, das unsere Aktion gegenüber den Führungen von kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien in westlichen Ländern fand.

Die Bruderstaaten haben unsere Initiativen vorbehaltlos unterstützt. Dafür möchte ich nochmals ausdrücklich danken. Diese Unterstützung und die Garantiebereitschaft der UdSSR für einen atomwaffenfreien Korridor, wie sie von Michail Gorbatschow in Prag zum Ausdruck gebracht wurden, haben dazu beigetragen, daß das positive Echo auf diese Initiativen anhält.

Auf echtes Interesse sind wir in Schweden, Finnland, Griechenland, auch in Dänemark, Norwegen, den Niederlanden, Belgien, Italien und Spanien gestoßen. Selbst Regierungen von NATO-Staaten, darunter die

Die gemeinsamen Initiativen der DDR und der CSSR erweisen sich als wirksame flankierende Maßnahmen zur Abrüstung und Rüstungsbegrenzung in Mitteleuropa. Das führen wir vor allem darauf zurück, daß diese Initiativen auf die konkreten Sicherheitsbedürfnisse der Menschen in dieser Region zugeschnitten sind. Sie betreffen die Zone mit der größten Waffenkonzentration und entsprechen in vollem Maße unserer Verteidigungsdoktrin. Nicht zuletzt wurde das an dem zustimmenden Echo sichtbar, das unsere Aktion gegenüber den Führungen von kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien in westlichen Ländern fand.

Die Bruderstaaten haben unsere Initiativen vorbehaltlos unterstützt. Dafür möchte ich nochmals ausdrücklich danken. Diese Unterstützung und die Garantiebereitschaft der UdSSR für einen atomwaffenfreien Korridor, wie sie von Michail Gorbatschow in Prag zum Ausdruck gebracht wurden, haben dazu beigetragen, daß das positive Echo auf diese Initiativen anhält.

Auf echtes Interesse sind wir in Schweden, Finnland, Griechenland, auch in Dänemark, Norwegen, den Niederlanden, Belgien, Italien und Spanien gestoßen. Selbst Regierungen von NATO-Staaten, darunter die

BRD, müssen ihre ablehnende Haltung zu Regionallösungen immer mehr hinter Friedensdemagogie verstecken und lavieren. Zugleich registrieren wir, wie der Widerstand der konservativen und NATO-Kreise zunimmt, weil der atomwaffenfreie Korridor in Verbindung mit den Entwicklungen im Bereich der Mittelstrecken- und operativ-taktischen Raketen als praktikabler Weg zur Beseitigung auch aller anderen Kernwaffen, das heißt der atomaren Gefechtsfeldwaffen, besondere Bedeutung gewinnt. Wenn Bundeskanzler Kohl über ein Verbleiben dieser Waffenkategorie nach Beseitigung der Mittelstreckenraketen große Besorgnis äußert, dann braucht er nur die Briefe der DDR und der CSSR zur Schaffung eines atomwaffenfreien Korridors beziehungsweise einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa positiv zu beantworten. Wir werden die Arbeit mit diesem Vorschlag gerade als Mittel zur Unterstützung eines Abkommens über die Beseitigung der Mittelstreckenraketen aktiv weiterführen.

Wir denken auch an neue Initiativen. Die im Budapester Appell prinzipiell geäußerte Idee einer Entflechtung der konventionellen Militärpotentiale an der unmittelbaren Konfrontationslinie der Militärgruppierungen könnte gewiß in konkrete Vorschläge gekleidet werden. Als geeigneten Ansatzpunkt sehen wir die Anregung Michail Gorbatschows, das Auseinanderrücken jener Waffensysteme einzuleiten, die über die Fähigkeit für Offensivoperationen verfügen. Dies wäre zweifellos ein überzeugender Schritt auf dem Wege, die Gefahr von Überraschungsangriffen real zu vermindern. Die von Genossen Wojciech Jaruzelski unterbreitete Initiative für ein Programm der "Rüstungsbegrenzung und Festigung des Vertrauens in Europa" findet ebenfalls unsere Unterstützung.

Für außerordentlich bedeutungsvoll halten wir die von unserer Tagung erarbeiteten Aussagen zur Militärdoktrin der Staaten des Warschauer Vertrages, welche die historische Mission des Sozialismus, den Krieg aus dem Leben der Menschheit zu verbannen, prägnant und überzeugend zum Ausdruck bringt. Unser Bündnis trägt seit seiner Gründung ausschließlich Verteidigungscharakter. Seine Militärdoktrin war und ist auf die Verteidigung des Friedens gerichtet. Ihr entspricht das Grundanliegen der DDR, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg, sondern immer nur Frieden ausgehen darf.

Wir verstehen diese Aussagen zur Militärdoktrin als wichtigen Baustein für die Konzeption zu einem umfassenden System des Friedens und der Sicherheit, das unsere Staatsgemeinschaft langfristig anstrebt. Sie entsprechen voll und ganz der politischen Strategie unseres Bündnisses, eine Welt ohne Kernwaffen zu schaffen. Zugleich setzen wir damit einen wirkungsvollen Kontrast zu der von der NATO eingestandenen Unfähigkeit, ein konstruktives Sicherheitskonzept für ein "Zeitalter der Abrüstung" zu entwickeln.

Von unserer Tagung geht somit, dessen bin ich sicher, ein starker Impuls für unseren gemeinsamen Kampf gegen die nukleare Gefahr aus. Im gleichen Sinne bitten wir die Bruderländer, auch unsere folgende Überlegung zu verstehen. Wäre es nicht an der Zeit, unsere Vorstellungen von einer friedlichen Welt ohne Kern- und Kosmoswaffen unter Bedingungen

der friedlichen Nutzung der Kernenergie wie der Hochtechnologien, die wir für den Beginn des 21. Jahrhunderts anstreben, in einem gemeinsamen Dokument vor Augen zu führen. Warum sollten sich nicht die fähigsten Wissenschaftler unserer Länder zusammensetzen und langfristig dieses vom Sozialismus vertretene Zukunftsbild entwerfen?

Im Ringen um die Lebensfragen unserer Zeit bewährt sich die von unseren verbündeten Staaten gemeinsam ausgearbeitete Europapolitik. Auch wir gehen davon aus, daß dabei dem Wiener KSZE-Treffen große Bedeutung zukommt. Gegenwärtig ist die Arbeit leider nicht so weit gediehen, wie wir uns das wünschen. Der Westen verzögert sichtbar die Arbeit an einem abschließenden Dokument. Unseres Erachtens ist ein wichtiger Grund hierfür, daß er seine inneren Differenzen in wesentlichen Fragen des Treffens bisher nicht überwinden konnte. Das beeinflußt auch die neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten, die sich weitgehend zurückhalten und passiv bleiben.

In dieser Situation wäre es richtig, mit allen unseren Möglichkeiten energisch darauf zu drängen, daß auf westlicher Seite die notwendigen politischen Entscheidungen für den erfolgreichen Abschluß des Wiener Treffens fallen. Wir würden diesem Prozeß um so wirkungsvoller unseren Stempel aufdrücken, wenn wir in jeder Hinsicht, das heißt zu allen

Bereichen der Schlußakte, die eigenen Positionen gemeinsam konkret absteckten. Unseres Erachtens können wir den Westen nur durch unsere eigenen konkreten Vorschläge dazu zwingen, realistisch an die zu lösenden Probleme heranzugehen.

Interessante, neue Aspekte im Herangehen an die Schlüsselprobleme unserer Zeit zeigen sich bei den Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Das Ringen dieser Staaten um ökonomische Unabhängigkeit, das als erste Schritte die Souveränität über ihre eigenen Ressourcen, die Herstellung von Austauschbeziehungen auf gleichberechtigter Grundlage zum Gegenstand hat, rührt an Lebensnerven des imperialistischen Systems. Das Ende der Ära des ungehinderten, profitgünstigen Zugriffs zu diesen Quellen kündigt sich an. Vor allem wächst die Bereitschaft dieser Länder, Verantwortung mit zu übernehmen, da die Verhinderung eines Nuklearkrieges nunmehr als unmittelbares eigenes Anliegen betrachtet wird. Daraus ergeben sich viele Forderungen, die mit Positionen der sozialistischen Staaten übereinstimmen bzw. ihnen nahekommen, wie die Beendigung aller atomaren Tests, der Verzicht auf das Wettrüsten im Kosmos, das Ringen um atomwaffenfreie und Friedenszonen. In diesem Zusammenhang denken wir auch an die Vorbereitung eines internationalen Konsultationstreffens der Repräsentanten von Staaten, die kernwaffenfreien Zonen bereits angehören beziehungsweise solche anstreben. Es verstärkt sich das Bestreben dieser Länder, einen eigenständigen Beitrag zur regionalen Friedenssicherung zu leisten.

Unsere dialogorientierte und flexible Politik, der das Konzept der wechselseitigen Abhängigkeit in dieser Welt zugrundeliegt und gerade die Entwicklungsländer verstärkt einschließt, zeigt auch in diesen Ländern Wirkung. Das ist ein positiver Aspekt. Ist es doch von erheblicher Bedeutung, in welche Richtung im weltweiten Ringen der Kräfte der Vernunft und des Realismus mit denen der Reaktion das enorme menschliche, ökonomische, politische und militärische Potential der Entwicklungsländer wirksam wird. Entsprechend unserer gemeinsamen Linie wären deshalb unsere Bemühungen für ein sinnvolles Miteinander mit den Nichtpaktgebundenen auf bi- und multilateraler Ebene allseitig zu verstärken.

Wir könnten die traditionell engen Beziehungen zu diesen Staaten, über die unsere Länder verfügen, intensiver nutzen, um den politischen Dialog zu den Grundfragen der internationalen Beziehungen auszubauen und auf ein noch höheres Niveau zu heben. Dabei wären stärker und einfühlsamer die legitimen Interessen dieser Staaten zu beachten, ohne die Grenzen unseres materiellen Hilfsvermögens zu verschweigen. Wir glauben, daß diese vertrauensvolle Offenheit dem gemeinsamen Anliegen im antilperialistischen Zusammenwirken dient und auch den konkreten Wünschen dieser Länder am besten entspricht. Die jüngsten Gespräche mit den Vertretern der Frontstaaten haben uns darin bestärkt.

Auch neue Überlegungen für unser gemeinsames, abgestimmtes Vorgehen und ein noch rascheres Reagieren auf sich häufig verändernde Situationen in der Sphäre der Entwicklungsländer wären angezeigt. Das unserer Beratung vorliegende, gemeinsam erarbeitete Dokument zur Überwindung der Unterentwicklung betrachten wir als einen nützlichen Schritt in diese Richtung.

Liebe Genossen!

Angesichts der vor uns stehenden Aufgaben, die in einer überaus komplizierten internationalen Lage zu lösen sind, ist es von ausschlaggebender Bedeutung, in welchem Maße und mit welchem Tempo der Sozialismus sein gewaltiges materielles und geistiges Potential entfaltet und voll zur Geltung bringt. Die enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit unserer Parteien und Staaten in allen Bereichen sowie das Zusammenwirken aller sozialistischen Länder in der internationalen Arena entsprechen den Interessen jedes von ihnen, dienen der Festigung der Positionen des Sozialismus im Weltmaßstab und der Erhaltung des Friedens. Davon lassen wir uns auch in den Beziehungen zu den sozialistischen Staaten leiten, die nicht dem Warschauer Vertrag bzw. dem RGW angehören. Dem dienen meine offiziellen Freundschaftsbesuche in der VR China, der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik und der Mongolischen Volksrepublik.

Unsere Partei ist ständig bemüht, dem engen Zusammenhang von innerer und äußerer Entwicklung Rechnung zu tragen. Als unsere erstrangige internationalistische Pflicht betrachten wir es, entsprechend unseren konkreten Bedingungen aktiv und schöpferisch zur Umsetzung der gemeinsam erarbeiteten Grundpositionen beizutragen. Bei unseren Begegnungen, so im November vergangenen Jahres in Moskau, sind wir übereinstimmend zu der Schlußfolgerung gelangt, daß die Gewährleistung einer stabilen, dynamischen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung auf der Grundlage der modernsten Errungenschaften des wissenschaftlich-technischen Fortschritts von größter politischer und ökonomischer, ja strategischer Tragweite für das weitere Voranschreiten und die Stärkung der Ausstrahlungskraft des Sozialismus ist. Von dieser gemeinsamen Position lassen wir uns in der DDR leiten, danach richten wir unsere gesamte Tätigkeit bei der Erfüllung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED aus. Darin sehen wir das Wesen der Herausforderung, vor die uns die neue Etappe der Entwicklung in der Welt des Sozialismus stellt.

Die Ergebnisse der Entwicklung in der Volkswirtschaft und im sozialen Bereich bestärken uns darin, den Weg der umfassenden Intensivierung ohne Abstriche weiterzugehen. Im vergangenen Jahr beruhte das Wachstum des Nationaleinkommens erstmals

ausschließlich auf gesteigerter Arbeitsproduktivität. Das ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Mikroelektronik Wachstumsraten von über 20 % aufweist. Im Jahr 1988 werden wir mit den bisher geplanten 21 280 CAD/CAM-Arbeitsstationen diese in noch größerem Umfang als bisher zum Einsatz bringen, so daß dann in unserer Volkswirtschaft etwa 65 000 solcher hochproduktiver Einrichtungen wirksam sind. Die breite Anwendung der Schlüsseltechnologien vermittelt uns vielfältige praktische Erfahrungen, wie der schöpferischen Arbeit der Menschen freier Raum gegeben wird.

Wir haben jetzt vorliegende Ergebnisse und Erfahrungen bei der Verwirklichung der Beschlüsse unseres XI. Parteitagés analysiert. Wir ziehen daraus die Schlußfolgerung, daß es sowohl möglich als auch notwendig ist, das Tempo der umfassenden ökonomischen Nutzung der Schlüsseltechnologien zu erhöhen. Neue Ergebnisse bei der Anwendung der Hochtechnologien für modernste Rechentechnik zeigen, daß es bei anspruchsvoller Aufgabenstellung und richtigem Einsatz der Kräfte möglich ist, das Embargo durch eigene Leistungen zu durchbrechen. Mit der Einschätzung, die Genosse Gorbatschow kürzlich dazu gegeben hat, stimmen wir voll überein. Wir haben die Kraft, zur Spitze vorzustoßen.

Zugleich besagen die Erfahrungen der DDR, daß die Möglichkeiten, die dem sozialistischen Gesellschaftssystem innewohnen, bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind. Wir betrachten den Aufbau des Sozialismus als einen ständigen Prozeß schöpferischer Suche nach den besten Lösungen. Das verlangt von uns, aufmerksam alle Prozesse der inneren wie der äußeren Entwicklung zu analysieren und rechtzeitig die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Naturgemäß geschieht das entsprechend den jeweiligen konkreten Bedingungen. Für ebenso selbstverständlich halten wir es, Erfahrungen der sozialistischen Bruderländer in der Praxis unserer Arbeit anzuwenden.

Da es darum geht, das materielle und geistige Potential des Sozialismus immer besser zu nutzen und es zu vervielfachen, messen wir der ökonomischen Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen Mitgliedsländern des RGW entscheidendes Gewicht bei. Mit den langfristigen Programmen der Zusammenarbeit in Wissenschaft, Technik und Produktion bis zum Jahre 2000 wurden feste Grundlagen für die Gestaltung der gegenseitigen Außenwirtschaftsbeziehungen geschaffen. Auf unserem Arbeitstreffen im November 1986 in Moskau haben wir gemeinsam unsere Entschlossenheit bekräftigt, die Anforderungen des wissenschaftlich-technischen Höchststandes und der Intensivierung zu meistern, wofür jedes Land

entsprechend seinen konkreten Bedingungen einen aktiven schöpferischen Beitrag zu leisten hat.

Mit aller Konsequenz haben wir uns in der DDR auf die Lösung der Aufgaben zur weiteren Entwicklung der wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen Bruderländern eingestellt. Unsere Kombinate, Betriebe und Institute sind beauftragt, mit hohen eigenen Leistungen, die den Erfordernissen des internationalen Spitzenniveaus entsprechen, zur Lösung der vereinbarten Aufgaben beizutragen. Zum Beispiel mit der UdSSR bilden dafür 33 Zweigprogramme der Zusammenarbeit zwischen den Ministerien und 170 Regierungs- bzw. Ministerabkommen eine stabile Basis. All das macht deutlich, daß wir die Ziele unserer ökonomischen Entwicklung in enger brüderlicher Gemeinschaft mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten verwirklichen und zur weiteren Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration beitragen.

In der politischen Zusammenarbeit der Staaten des Warschauer Vertrages hat sich in den letzten 2 Jahren viel bewegt. Auch in politisch-organisatorischer Hinsicht ist im Rahmen unseres Bündnisses Neues entstanden. Das versetzt uns in die Lage, auf internationaler Ebene geschlossen aufzutreten und so unserer Politik größere Wirksamkeit zu verleihen. Die

Bildung der ständigen Informationsgruppe, über die auf dieser Tagung zu beschließen ist, findet unsere volle Zustimmung. Wir möchten sie als eine Keimzelle für künftige weiterführende Formen der multilateralen politischen Zusammenarbeit betrachten, einer Zusammenarbeit, die, ohne aufwendige Organisationsstrukturen zu schaffen, jene politische Dynamik und Effektivität gemeinsam sichern hilft, die das internationale Geschehen heute verlangt.

Liebe Genossen!

Ich möchte Ihnen versichern, daß die SED und damit die Deutsche Demokratische Republik alles Erforderliche für die Realisierung des auf unserer Tagung Vereinbarten tun wird. Wir erbauen den Sozialismus in einer bewegten Zeit, in der unsere Politik zum Wohle des Menschen weniger denn je vom Kampf um die Erhaltung der ganzen menschlichen Zivilisation zu trennen ist. Jeder Fortschritt bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft fällt um so mehr ins Gewicht. In diesem Sinne stärkt unsere Partei die Kampfgemeinschaft mit der KPdSU und den anderen Bruderparteien, nehmen wir unsere nationale und internationalistische Verantwortung wahr.